

Chefbeamten von Sucht befreit

Berner Arzt will die Methode des israelischen Mediziners Waismann in die Schweiz bringen

Von Beni Gafner, Bern

Ein persönliches Schicksal, ein Berner Hausarzt und ein israelischer Intensivmediziner: Knapp ein Jahr ist vergangen, seit die BaZ über den israelischen Arzt André Waismann berichtete. Was geschah seither?

Waismann befreit seit über 15 Jahren in Ashkelon nahe dem Gazastreifen Menschen von ihrer Opiat-Abhängigkeit – im geschützten Rahmen einer Intensivstation, staatlich anerkannt und in einem öffentlichen Spital. Der 45-jährige Schweizer Chefbeamte S. R. (Name der Redaktion bekannt) ist Angestellter in der öffentlichen Verwaltung in Bern und hat sich von Waismann behandeln lassen.

Das kam so: Hausarzt Daniel Beutler, Allgemeinmediziner FMH in der kleinen Berner Gemeinde Mühlethurnen, begleitete S. R. im Frühling in die Klinik Waismanns nach Ashkelon. S. R., war 2006 an einer Gürtelrose erkrankt und litt als Folge einer Nervenerkrankung unter heftigen, chronischen Schmerzen im Schulter- und Brustbereich. Nachdem verschiedene Methoden der Schmerzbehandlung nichts brachten, setzten ihn Ärzte auf starke Schmerzmittel, die auf Opiaten basieren. Stete Dosiserhöhungen mündeten schliesslich in eine schwere Schmerzmittelabhängigkeit. Die Leistungsfähigkeit des Chefbeamten liess nach, nur unter höchster Anstrengung konnte sich S. R., bei krankheitsbedingtem Ausfällen, auf seinem Posten halten.

«Über Dr. Beutler erfuhr ich von einer Entzugsmethode, die in der Schweiz nicht verfügbar ist», sagt S. R. Nach kurzer Bedenkzeit habe er sich entschieden, zusammen mit Beutler nach Israel zum Arzt André Waismann zu reisen. Nach Untersuchungen und Vorgesprächen sei er sogleich behandelt worden. Die Ärzte hätten nach kurzer Zeit festgestellt, dass die Behandlung erfolgreich verlaufen sei. Bei der Heimkehr nach fünf Tagen habe die Familie sofort sichtbare Veränderungen festgestellt.

In der Schweiz nicht zugelassen

Als konsolidierende Behandlung muss S. R. bis auf Weiteres das Medikament Naltrexin einnehmen, welches das Verlangen nach den Opiaten unterbindet. «Ich arbeite schon länger wieder hundert Prozent», erklärte R. gestern im Gespräch mit der BaZ. «Vorher konnte ich kaum noch gehen vor Schmerz, heute treibe ich regelmässig Sport und habe meine Schmerzen unter Kontrolle.» S. R. versteht nicht, dass Waismanns



Therapie. Das Bundesamt für Gesundheit bezeichnet die Methode von André Waismann (links) als «forcierten Entzug».

Behandlungsmöglichkeit in der Schweiz nicht verfügbar ist. Beeindruckt vom Handeln des ehemaligen Sanitätsoffiziers ist auch Hausarzt Daniel Beutler. «Ich war nach der Lektüre des BaZ-Artikels anfänglich sehr skeptisch», erzählt Beutler. Nach Abklärungen und Kontakten mit Waismann habe er sich schliesslich entschieden, zwei Suchtkranke nach Israel zu begleiten. Waismann habe ihm während seines Besuchs sämtliche Schritte im Detail erklärt. «Er ist offen und verheimlicht nichts», so Beutler. Beide Patienten, neben S. R. auch ein 40-jähriger ehemaliger Spitzensportler mit 20-jähriger Suchtgeschichte, hätten die Behandlung sehr gut überstanden. «Sie sind nicht mehr wiederzuerkennen.»

Beutlers Ziel ist klar: Er sucht nach Mitteln und Möglichkeiten, Waismanns «ANR-Verfahren», so heisst die Methode, nun auch in der Schweiz zu etablieren. Die Hürden dafür sind hoch. Geeignete Plätze in einem Spital müssen gefunden, Bewilligungen und Zulassungen

organisiert werden. Nötig seien vor allem aber «einfühlsame Anästhesisten», die sich zwei Jahre bei Waismann weiterbilden lassen. Motivation ist für Beutler «vor allem die bessere Behandlung von opiatabhängigen Neugeborenen». Ihm schwebt vor, dass «die Schweiz in diesem Bereich dereinst Kompetenzzentrum für Europa sein könnte».

Ein organisches Phänomen?

Waismann selbst sagt, wichtigste Grundlage bei ANR sei die «wissenschaftliche Erkenntnis, dass es sich bei der Opiatabhängigkeit primär um ein hirnganisches und nicht um ein psychologisches Phänomen handelt.» Nach gründlicher Laboruntersuchung am Morgen des Behandlungstages setzt Anästhesist Waismann die Abhängigen am Nachmittag in einen drei- bis vierstündigen Tiefschlaf. In einem Entgiftungsprozess stumpft er Schritt für Schritt die Opiatrezeptoren im Gehirn so ab, dass die Gier nach Heroin oder Schmerzmittel anschliessend verschwindet. Am Abend wachen die

Patienten auf, werden bis zum nächsten Morgen betreut und am zweiten Tag suchtbefreit entlassen. Tausenden hat Waismann so geholfen, darunter auch Prominenten. Das Medikament Naltrexon muss, je nach Abhängigkeit, nach der Behandlung während mehrerer Monate eingenommen werden.

Was hält das Bundesamt für Gesundheit (BAG) von Waismanns Therapie? Die Methode sei nicht neu, erklärt BAG-Sprecherin Mona Neidhart. «Es handelt sich um einen medikamentös unterstützten, forcierten Entzug unter kontrollierten Bedingungen.» Das danach verabreichte Naltrexon blockiere eingenommene Opiate, das heisst, Opiate blieben wirkungslos, solange man Naltrexon nehme. «Opiatabhängigkeit ist zwar ein medizinisches Problem, aber nicht nur», so Neidhart. Eine erfolgreiche und nachhaltige Bewältigung der psychosozialen Aspekte sei insbesondere bei langjährigen, sozial ausgegrenzten Abhängigen die bedeutend grössere Herausforderung.

Klarheit über Handgranaten in Syrien verlangt

GPK soll Abklärungen treffen

Bern. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK) möchte wissen, wie die Handgranaten der Ruag nach Syrien gelangt sind. Mit 15 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschied sie, die Geschäftsprüfungskommission der grossen Kammer (GPK) «einzuladen», die Verantwortlichkeiten abzuklären. Die APK erinnert an die 40 Schweizer Panzerhaubitzen, die via die Vereinigten Arabischen Emirate nach Marokko gelangt waren. Die GPK prüfte damals das Waffengeschäft und forderte den Bundesrat auf, bei Verletzungen von Nichtwiederausfuhrerklärungen Konsequenzen zu ziehen. Die GPK solle nun abklären, weshalb im Zusammenhang mit den Handgranaten nicht alle Empfehlungen aus dem Jahr 2006 nicht alle eingehalten worden seien – darunter die Erklärungen zur Nichtwiederausfuhr beziehungsweise zum Endverbleib von Schweizer Kriegsmaterial. Den Antrag auf eine Kommissionsmotion zu dem Thema lehnte die APK mit Stichtenscheid ihres Präsidenten ab. Die Motion hätte den Bundesrat beauftragen sollen, sämtliche Kriegsmaterialausfuhr der letzten zehn Jahre in die Staaten des Nahen Ostens zu kontrollieren und bis zum Abschluss jegliche Kriegsmaterialausfuhr in diese Staaten einzustellen. SDA

Die Schweiz steht vor «enormen» Herausforderungen, sagt die IEA

Internationale Energieagentur gibt Energiepolitik gute Noten

Bern. Die Internationale Energieagentur (IEA) erteilt der Schweiz gute Noten für ihre Energiepolitik. Sie sieht allerdings «enorme» Herausforderungen auf die Schweiz zukommen. Das Ziel, die Treibhausgase zu senken und gleichzeitig aus der Kernenergie auszusteigen, sei sehr ehrgeizig, sagte IEA-Exekutivdirektorin Maria van der Hoeven gestern vor den Medien in Bern. Die IEA rechnet mit einem steigenden Stromverbrauch, während die Schweiz diesen ab 2020 stabilisieren möchte.

Die Energiepolitik ihrer Mitgliedsländer unterzieht die IEA etwa alle fünf Jahre einer vertieften Prüfung. Seit der letzten Prüfung 2007 habe sich viel verändert, sagte van der Hoeven mit Blick auf den geplanten Atomausstieg. «Wir sind sehr beeindruckt.»

Bisherige Vorschläge reichen nicht

Die Ziele könnten jedoch ohne griffige Massnahmen nicht erreicht werden. Die vom Bundesrat bisher vorgeschlagenen Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien würden nicht ausreichen, sagte van der Hoeven.

Die Schweiz müsse nun vor allem einen Gesetzesrahmen schaffen, der langfristig stabile Rahmenbedingungen für alle Akteure im Energiemarkt gewährleisten. Ein erstes Paket mit Gesetzesän-

derungen will der Bundesrat im Herbst in die Vernehmlassung schicken.

Gaskraftwerke als Übergang

Umstritten ist nicht zuletzt die Rolle von Gaskraftwerken. Die IEA sieht diese als mögliche Übergangslösung auf dem Weg zu einer grünen Stromerzeugung. Dass Gaskraftwerke verpflichtet sind, ihre CO₂-Emissionen in der Schweiz zu kompensieren, beurteilt die Agentur kritisch. Dies schwäche die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, heisst es im Bericht. Stärkere Anstrengungen wünscht die IEA dagegen zur Senkung der CO₂-Emissionen im Verkehr. Auch pocht sie auf eine rasche vollständige Strommarktliberalisierung und fordert eine Überprüfung der regulierten Endverbraucherpreise. Wettbewerbsfähige, deregulierte Strompreise und kürzere, vereinfachte Genehmigungsverfahren könnten Anreize setzen für Investitionen, so die IEA.

Energieministerin Doris Leuthard sieht sich durch den IEA-Bericht bestärkt. Mit den Empfehlungen sei der Bund grösstenteils einverstanden. Was etwa den CO₂-Ausstoss im Verkehr betreffe, seien Massnahmen allerdings politisch schwierig umzusetzen, gab die Bundesrätin zu bedenken. Eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen war im Parlament gescheitert. SDA

Bundesrat soll nicht vom Volk gewählt werden

«Dauerwahlkampf» befürchtet

Bern. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK) stellt sich mit neun zu zwei Stimmen bei einer Enthaltung deutlich gegen die SVP-Initiative «Volkswahl des Bundesrates». Das Volksbegehren würde die Bundesratsmitglieder in einen schädlichen Dauerwahlkampf manövrieren. Weiter befürchtet sie SPK, dass die Parteien an Einfluss auf die einzelnen Bundesratsmitglieder gewinnen würden: Die Regierungsmitglieder müssten als Zugpferde ihrer Parteien herhalten, schreibt sie in der Mitteilung. Umgekehrt warnt die SPK davor, die Stellung des Parlamentes zu schwächen. Dieses dürfte den Bundesrat bei einer Annahme der Initiative nicht mehr wählen. Als kontraproduktiv erachtet die SPK auch die von den Initianten vorgeschlagene Quotenregelung zur Sicherstellung der Vertretung der sprachlichen Minderheiten. Eine solche würde das Tessin und die Westschweiz gegeneinander ausspielen.

Eine Minderheit der SPK sieht in der Volkswahl des Bundesrates hingegen ein geeignetes Mittel, um die demokratische Mitwirkung auf Bundesebene zu stärken. Die Volkswahl der Kantonsregierungen dient dieser Minderheit als positives Beispiel. SDA

Nachrichten

Oberster Kriminalist wechselt zum Sport

Bern. Der ehemalige Chef der Bundeskriminalpolizei, Michael Perler, kehrt definitiv nicht in sein Amt zurück. Er war im September wegen seines Verhaltens in der Affäre um seine russischstämmige Freundin als Sicherheitsrisiko beurteilt und suspendiert worden. Das Justiz- und Polizeidepartement und Perler lösen das Arbeitsverhältnis per 31. Oktober 2012 «in gegenseitigem Einvernehmen» auf, wie das EJPD gestern mitteilte. Perler wird neu im Bundesamt für Sport arbeiten. SDA

Grünes Licht für Verhandlungen

Bern. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK) ist einverstanden damit, dass die Schweiz mit der EU über die Unternehmensbesteuerung verhandelt. Sie hat das Bundesratsmandat für die Verhandlungen mit 19 zu 5 Stimmen gutgeheissen. Die Mehrheit der APK sei der Ansicht, dass mit einer Anpassung von kantonalen Steuerregimes Retorsionsmassnahmen gegen die Schweiz verhindert werden könnten, wie sie gestern mitteilte. SDA

Lobbyisten dürfen im Bundeshaus bleiben

Bern. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates will Lobbyisten den Zutritt zum Bundeshaus nicht verwehren. Sie empfiehlt dem Ständerat, eine parlamentarische Initiative des parteilosen Schaffhausers Thomas Minder abzulehnen. Die Kommission sprach sich mit drei zu zwei Stimmen bei fünf Enthaltungen gegen die Initiative aus, wie die Parlamentsdienste mitteilten. Die Mehrheit will es in der Verantwortung des einzelnen Ratsmitglieds belassen, wem es seine Zutrittskarten abgibt. SDA

Immer mehr Velofahrer schützen ihre Köpfe



Bern. 44 Prozent der Velofahrer tragen einen Helm – so viele wie noch nie. Dies ergab eine Erhebung der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu), die gestern veröffentlicht wurde. Die klare Zunahme bei den 45- bis 59-Jährigen und den über 60-Jährigen sei das Resultat von Sensibilisierungskampagnen. Bei den Kindern bis 14 Jahren hat sich die hohe Helmtragequote der letzten Jahre bestätigt. Sieben von zehn jungen Radfahrern tragen einen Helm. Die Helmtragequote bei den Velofahrern war von 14 Prozent im Jahr 1998 auf 39 Prozent im Jahr 2006 gestiegen. Seither stagnierte dieser Wert. SDA

Uner FDP lanciert Komitee für zweite Röhre

Aldorf. Die FDP des Kantons Uri stellt sich hinter den Bundesrat und will bis Mitte August 2012 ein überparteiliches Komitee für einen zweiten Strassentunnel durch den Gotthard gründen. Die Ablehnung der zweiten Röhre sei in Uri nicht einhellig, schreibt die Partei. SDA

Graubünden erhält zwei neue Asylzentren

Chur. Der Bund ist mit zwei Bündner Gemeinden über die Einrichtung von Asylzentren in Militäranlagen in Verhandlung. 200 Asylsuchende sollen in Gebirgsunterkünften in Sufers und Medel untergebracht werden. Die Militäranlagen in den beiden Berggemeinden sollen für die Unterbringung von Asylsuchenden während sechs Monate benutzt werden, wie der Bündner Justizdirektor Christian Rathgeb gestern sagte. Die einzelnen Asylbewerber würden sich jeweils nur einige Wochen dort aufhalten. SDA